

## Inhaltsverzeichnis

01	Wo geht's hin, Doktor? « <i>International Migration Outlook 2015</i> »	2
02	Öffentliche Arbeitsplätze sind krisenbeständig « <i>Government at a Glance 2015</i> »	3
03	Computer können den Lehrer nicht ersetzen « <i>Students, Computers and Learning</i> »	4
04	Von wirksamen Partnerschaften und statistischen Profilen « <i>Development Co-operation Report 2015</i> »	5
05	Vor dem Ende der Subventionen « <i>OECD Companion to the Inventory of Support Measures for Fossil Fuels 2015</i> »	6
06	Halt finden « <i>Indicators of Immigrant Integration 2015</i> »	7
07	Weitere Publikationen	8
08	OECD Kalender	8

## 01. Wo geht's hin, Doktor? «International Migration Outlook 2015»

Die aktuelle Migrationskrise, die zurzeit in den Medien Schlagzeilen macht, ist für die OECD nichts Neues. Sie versucht seit Jahrzehnten, den Regierungen Statistiken und Analysen zu liefern, die es ihnen erlauben, sich auf Fakten statt auf Vorurteile zu stützen. Als letztes Beispiel dafür wäre die Publikation mit dem Titel «*International Migration Outlook 2015*» zu erwähnen.

Diese Studie beschäftigt sich mit mehreren Aspekten der humanitären Krise vom Sommer 2015. Sie unterstreicht aber auch, dass man die Politik der legalen Einwanderung nicht vernachlässigen darf, die mit einer globalen Strategie ständig angepasst werden muss. Die Zahl der legalen Einwanderungen in den OECD-Raum betrug 2014 4.3 Millionen Personen, was einer Zunahme von 6% gegenüber dem Vorjahr entspricht.

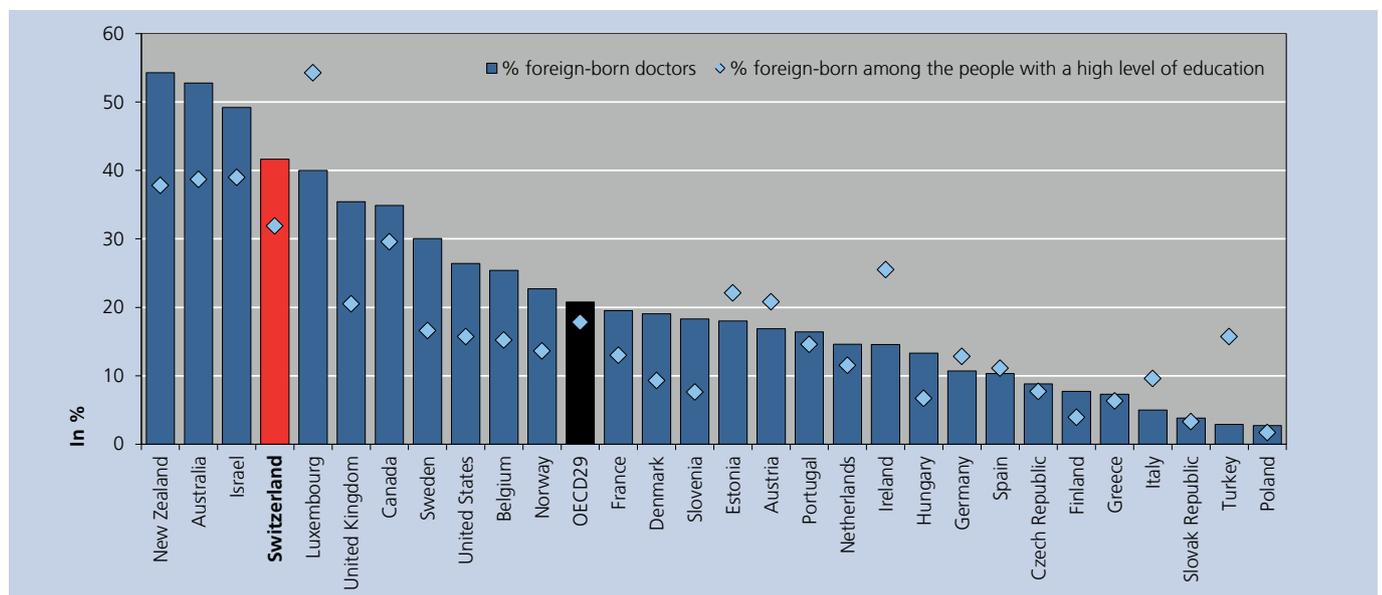
Die jüngste Ausgabe der Publikation hebt in einem von Clémence Merçay, einer Forscherin an der Universität Neuenburg, mitverfassten Kapitel hervor, wie wichtig die Migration des Personals im Gesundheitssektor ist. Darin wird namentlich die wachsende Bedeutung dieser Migration unterstrichen, denn der Anteil des ausländischen Perso-

nals hat in den OECD-Ländern während der letzten zehn Jahre bei den Ärzten von 19.5 auf 22% und beim Pflegepersonal von 11 auf 14.5% zugenommen.

Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Anteilen an ausländischem Personal. Bei den Ärzten liegt sie an vierter Stelle (mehr als 40%, siehe Grafik) und beim Pflegepersonal an zweiter (mehr als ein Drittel). Zu erwähnen ist, dass diese Entwicklung für die Schweiz nichts Neues darstellt, aber sie bleibt eindrücklich: Denn die Zahl der Ärzte hat sich in zehn Jahren fast verdoppelt, der Anteil der Mediziner aus dem Ausland ist dabei von rund 30% auf 40% gewachsen. In der Schweiz stammt das ausländische Gesundheitspersonal hauptsächlich aus den Nachbarländern, während im Unterschied dazu in der OECD insgesamt der Anteil Beschäftigter im Gesundheitssektor aus Ländern mit einem kritischen Ärztemangel - vor allem in den Entwicklungsländern - um 80% zugenommen hat.

> Inhaltsverzeichnis

**Percentage of foreign-born doctors compared to the percentage of foreign-born among people with a high level of education in 29 OECD countries, 2010/11**



## 02. Öffentliche Arbeitsplätze sind krisenbeständig «Government at a Glance 2015»

Die Regierungen der OECD-Länder haben seit dem Beginn der Krise 2008 mit Reformen im Bereich der Beschäftigung und Löhne (Nichtersetzung von Abgängen bei Pensionierung, Anstellungs- und Lohnstopp usw.) im öffentlichen Sektor ihre Ausgaben reduziert. Das geht aus der OECD-Studie «Government at a glance 2015» hervor, in der mit mehr als fünfzig Indikatoren die Massnahmen in verschiedensten Bereichen wie öffentliche Finanzen, Personalbestände oder Zugang zu Daten und deren Richtigkeit untersucht werden. Trotz allem ist der Anteil des öffentlichen Personals in der Beschäftigung relativ stabil geblieben (21.3% im Jahr 2013 gegenüber 21.1% 2009), was belegt, dass die öffentlichen Arbeitsplätze in einer von schwachem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Krisenzeit einen Faktor der Widerstandsfähigkeit darstellen.

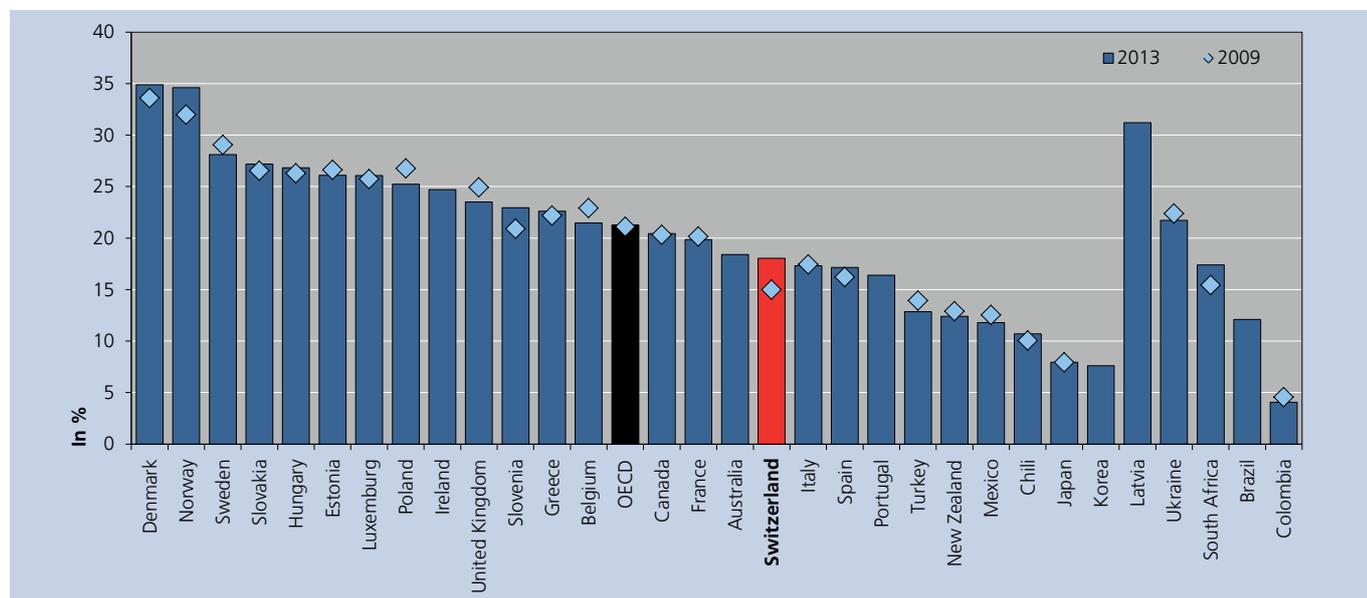
Unter den OECD-Ländern variiert der Anteil des öffentlichen Sektors in der gesamten Beschäftigung stark. Er ist mit mehr als 30% am höchsten in skandinavischen Ländern wie Dänemark oder Norwegen, während in Ländern Asiens und Lateinamerikas die öffentlich Beschäftigten einen geringeren Anteil ausmachen; er beträgt 8% in Japan und rund 10% in Mexiko und Chile. Die Schweiz liegt mit 18% unter dem OECD-Mittelwert der öffentlichen Beschäftigung (siehe Grafik), interessanterweise weist

sie aber innerhalb der OECD die stärkste Zunahme seit 2008 (+3%) auf. Dies hinderte sie indes nicht, seit 2007 ein konstantes Niveau der öffentlichen Ausgaben im Verhältnis zum BIP (33.5%) zu haben, das eines der tiefsten unter den OECD-Ländern ist (durchschnittlich 41.9%).

Die neue OECD-Studie empfiehlt den Mitgliedsländern unter anderem, in ihren Behörden intensiver Interessenkonflikte und andere Faktoren des Misstrauens auszumachen und abzubauen. Insbesondere sind oft die Vorschriften zur Offenlegung des Vermögens bestimmter Beamter unzureichend; das gilt beispielsweise für Richter, Staatsanwälte oder Vertreter der Steuer- und Zollverwaltung. Die Transparenz in diesem Bereich ist jedoch von zentraler Bedeutung, wenn das Vertrauen in die öffentlichen Behörden wiederhergestellt werden soll, das nicht mehr so gross ist wie vor der Krise. Der Ausbau des Anteils der Frauen im öffentlichen Sektor und die Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen Daten sind weitere politische Mittel mit Hebelwirkung zur Schaffung der Grundlagen einer ausgeglicheneren Gesellschaft, die den Regierungen zur Verfügung stehen.

> Inhaltsverzeichnis

Public sector employment as a percentage of total employment, 2009 and 2013



### 03. Computer können den Lehrer nicht ersetzen «Students, Computers and Learning»

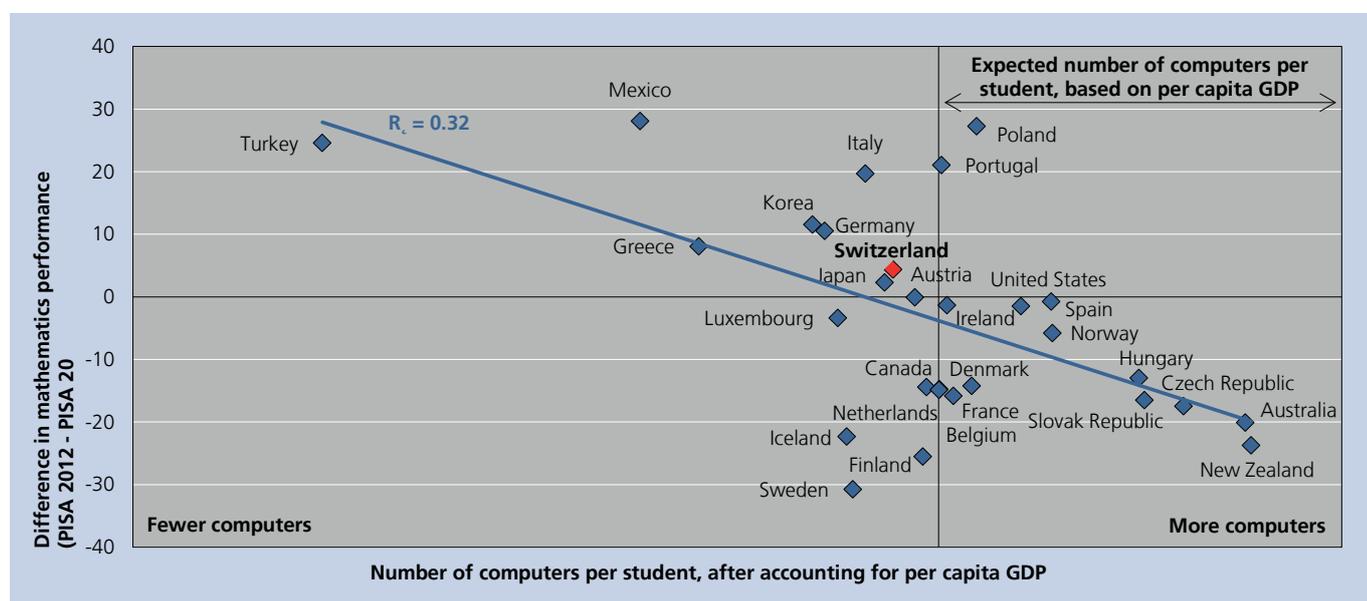
In den letzten zehn Jahren haben viele Länder vermehrt und zum Teil sogar intensiv Computer und Informatik im Unterricht eingesetzt. Die OECD ging in ihrer umfassenden Studie «*Students, Computers and Learning*» unter anderem der Frage nach, wie effizient das computerunterstützte Lernen hinsichtlich der Kompetenzen der Schüler ist. Die Resultate waren ernüchternd. Im Schnitt konnten die Schüler weder besser rechnen und lesen noch naturwissenschaftliche Probleme lösen als vor zehn Jahren. Ganz im Gegenteil sogar: In den Ländern, die den Einsatz von Computern an Schulen am stärksten gefördert hatten, machten die Schüler Rückschritte (siehe Grafik).

Aber auch ausserhalb der Schule spielt der Einsatz von Computern eine Rolle. Erfreulich ist, dass sich der noch vor zehn Jahren angeprangerte digitale Graben weitgehend

geschlossen hat. Schüler aus ärmeren Familien haben heute zu Hause ebenso Zugang zu Computern und zum Internet wie ihre Kameraden aus sozial privilegierten Schichten. Unterschiedlich blieb aber die Art der Nutzung. Die Jungen aus privilegierten Schichten verwendeten neue Technologien eher, um Nachrichten und praktische Informationen zu suchen. Sozial Benachteiligte benutzten sie dagegen hauptsächlich zur Unterhaltung. Diese unterschiedliche Nutzung wirkt sich auf die Lesefähigkeit aus. Diese wird nachweisbar schlechter entwickelt beim Betrachten von YouTube-Videos oder Online-Spielen als beim Surfen auf dem Web oder Schreiben von Emails.

> Inhaltsverzeichnis

#### Trends in mathematics performance and number of computers in schools in OECD countries

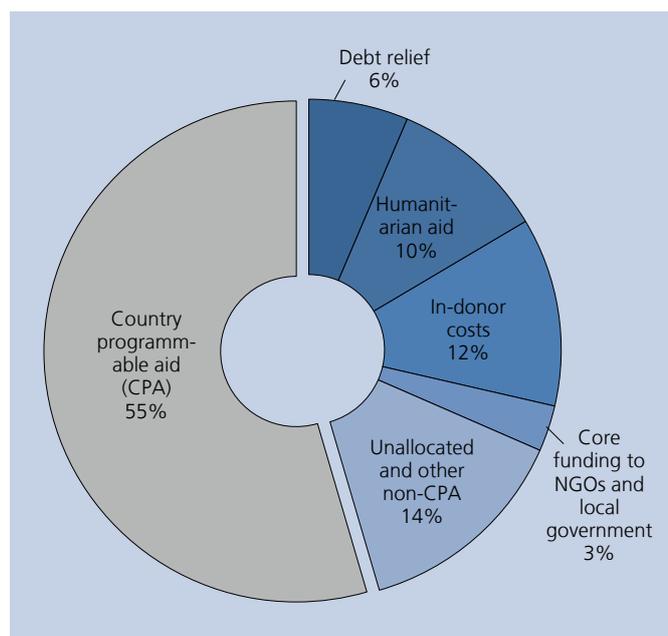


## 04. Von wirksamen Partnerschaften und statistischen Profilen «Development Co-operation Report 2015»

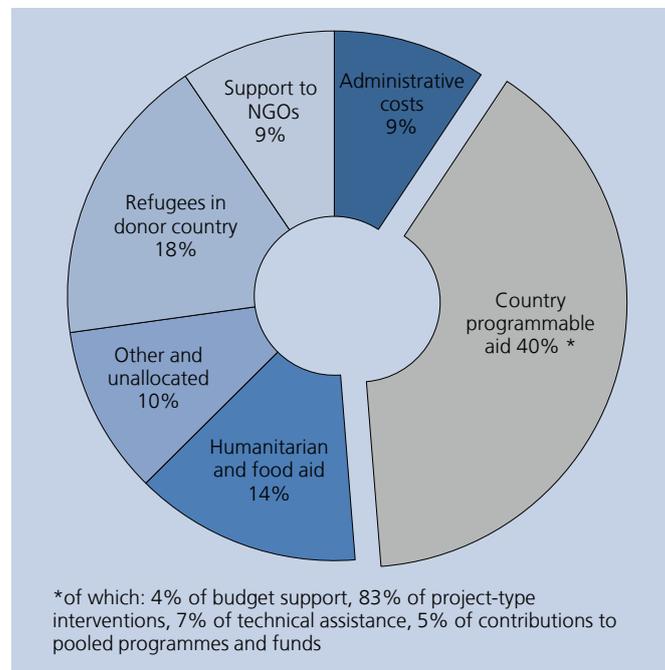
Der «*Development Co-operation Report 2015*» der OECD ist in diesem Jahr dem Thema ‚Partnerschaften‘ gewidmet. Dabei wird einmal mehr festgehalten, wie unentbehrlich Partnerschaften in der internationalen Zusammenarbeit sind. Es wird auch betont, wie bedeutend ihre Rolle bei der Umsetzung der Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele 2030 sein muss. Im ersten Teil wird zunächst der Frage nachgegangen, was genau wirksame Partnerschaften sind. Elf weitere Kapitel sind konkreten Projekten wie der «Aid for Trade Initiative» oder im Rahmen von REDD+-Partnerschaften («Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation») gewidmet.

Die zweite Hälfte des Berichts ist wie üblich den EZA-Flüssen gewidmet und enthält ein statistisches Profil für jedes DAC-Mitglied. Aus dem umfangreichen Zahlenmaterial sei ein Aspekt herausgegriffen, der bei den Länderexamen oft von besonderem Interesse ist: die «Country Programmable Aid» (CPA). Vom grossen Kuchen der EZA wird dazu zuerst der multilaterale Teil abgezogen, dies ergibt die ‚bilaterale Hilfe‘. Weiter abgezogen werden sodann die Mittel; die kaum geplant werden können (z.B. humanitäre Hilfe), diejenigen die keine Grenze überqueren, d.h. im Geberland selber eingesetzt werden (z.B. Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen im ersten Jahr) und die nicht

### Composition of DAC countries' bilateral ODA, 2013



### Composition of bilateral ODA, 2013, Switzerland



Teil von bilateralen Übereinkommen sind (z.B. Nahrungshilfe, Beiträge an NGOs).

Dies ergibt die CPA. Man kann die CPA auch als jenen Anteil der EZA betrachten, auf den die Regierungen der Empfängerländer den grössten Einfluss haben. Sollte der Anteil der CPA deswegen möglichst hoch sein? Nicht unbedingt, denn aus entwicklungspolitischer Sicht gilt es auch andere Aspekte zu berücksichtigen. Niemand möchte ja die humanitäre Hilfe, Unterstützung von NGOs oder lokalen Regierungsstellen als Form der Hilfe ausklammern.

Im DAC-Durchschnitt ist etwas mehr als die Hälfte (54.5%) der bilateralen Hilfe in den Partnerländern programmierbar, kann also als CPA gelten. Erwartungsgemäss variiert auch dieser Anteil unter den DAC-Mitgliedern ziemlich stark. Im Fall der Schweiz ist er wesentlich kleiner als 54%, nämlich 40%. In den beiden Grafiken fällt auf, dass die Schweiz – im Vergleich zum DAC-Durchschnitt – weniger für Entschuldung aufwendet, dafür mehr für Flüchtlingskosten in der Schweiz selber (+6%), für humanitäre Hilfe (+4%) und für NGOs (+6%).

> Inhaltsverzeichnis

## 05. Fossile Brennstoffe: Vor dem Ende der Subventionen

### «OECD Companion to the Inventory of Support Measures for Fossil Fuels 2015»

Im Vorfeld der COP21, die Anfang Dezember in Paris stattfindet, erklärt die OECD in ihrem Bericht «*Companion to the Inventory of Support Measures for Fossil Fuels 2015*», dass gewisse politische Entscheide den Elan der Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bremsen.

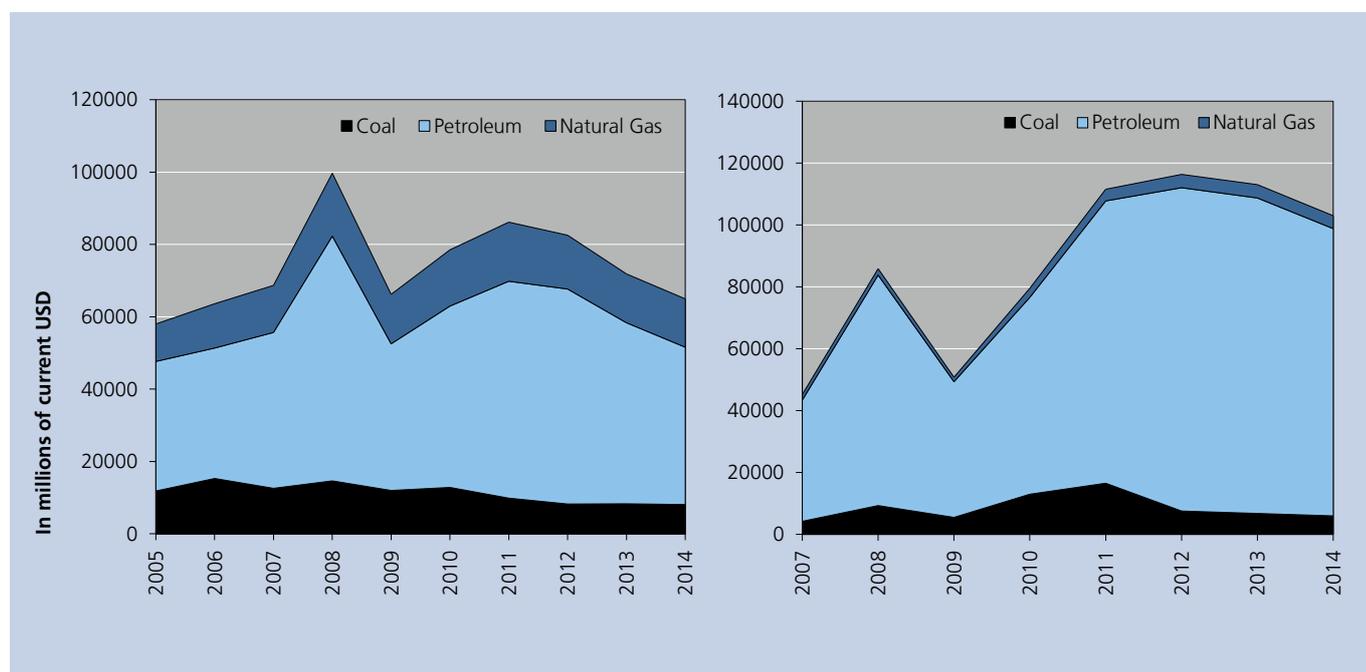
Der Einsatz fossiler Brennstoffe - oder besser gesagt, der Ausstoss von Treibhausgasen bei deren Verwendung - ist einer der Hauptfaktoren des Klimawandels. Die Verminderung oder besser noch eine starke Reduktion der Abhängigkeit von diesen Brennstoffen stellt darum für die Staaten eines der wichtigsten Ziele im Kampf gegen die Erwärmung des planetaren Klimas dar. Einige Länder haben bereits Massnahmen ergriffen, um ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren, daneben bestehen aber weiterhin auch noch Praktiken, welche die Produktion und die Verwendung dieser fossilen Brennstoffe fördern. Eine davon besteht darin, den Kohlenstoffpreis durch Subventionen zu senken, was die Produktion und den ungezügelter Verbrauch der fossilen Brennstoffe direkt unterstützt. Diese Subventionen sind schädlich, denn die daraus entstehenden Verzerrungen beeinträchtigen die Effizienz in der Energieproduktion und -versorgung. Sie sind zudem kostspielig für die jeweiligen Länder, da sie die öffentlichen Ausgaben belasten und geringere Steuereinnahmen zur Folge haben; zudem sind sie umweltschädlich, weil sie die Verwendung fossiler Energien fördern und so indirekt umweltverschmutzende Praktiken belohnen.

Im OECD-Inventar werden rund 800 Stützungsmaßnahmen für fossile Brennstoffe in den Mitgliedsländern und den sechs Partnerstaaten (Brasilien, China, Indien, Indonesien, Russland und Südafrika) aufgeführt. Ihr jährlicher Gesamtwert betrug für die Periode 2010-2014 160 bis 200 Milliarden USD. 82% davon gingen an Erdöl und Erdölprodukte, während zur Unterstützung von Kohle und Erdgas 8% und 10% aufgewendet wurden (siehe Grafik).

Im Bericht ist ersichtlich, dass die Hälfte dieser Massnahmen zur Unterstützung der fossilen Brennstoffe noch vor dem Jahr 2000 ergriffen wurden, als die Umweltfragen für die staatlichen Behörden noch von geringerer Bedeutung waren und als die Wachstums- und Inflationsraten noch stark waren. Die Berechtigung bestimmter Massnahmen müsste darum also im Lichte der klimatischen Herausforderung und der gegenwärtigen Konjunktur überprüft werden. Obwohl seit dem letzten Inventar der OECD von 2013 Fortschritte erzielt worden sind, bleiben zahlreiche Reformen nicht nur möglich, sondern notwendig. Allerdings müssen gerade in Ländern mit Budgetproblemen diese Reformen im Bereich der Unterstützung fossiler Brennstoffe - namentlich jene zugunsten der Verbraucher - Teil einer umfassenden Strategie unter Einbezug verschiedener Regierungsstellen sein, damit sich nicht am Ende die Lage der Benachteiligten weiter verschlechtert.

> Inhaltsverzeichnis

**Total support for fossil fuels in OECD countries (left) and selected partner economies (right)**



## 06. Halt finden

### «Indicators of Immigrant Integration 2015»

Die Aktualität setzt die Themen Migration, Immigration und Integration sowie die damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen weiterhin auf die politische Prioritätenliste. Dass die zugewanderte Bevölkerung und ihre Nachkommen aktiv am Arbeitsmarkt teilhaben, und im weiteren Sinne auch an der Gesellschaft, ist eine unverzichtbare Bedingung, um den sozialen Zusammenhalt im Einwanderungsland zu gewährleisten. Der Einbezug der Immigranten in Arbeit und Gesellschaft ist eine Voraussetzung ihrer Autonomie und langfristig erfolgreichen Integration. Nicht zuletzt ist ihre aktive Teilnahme auch ein wesentlicher Faktor der Akzeptanz durch die einheimische Bevölkerung.

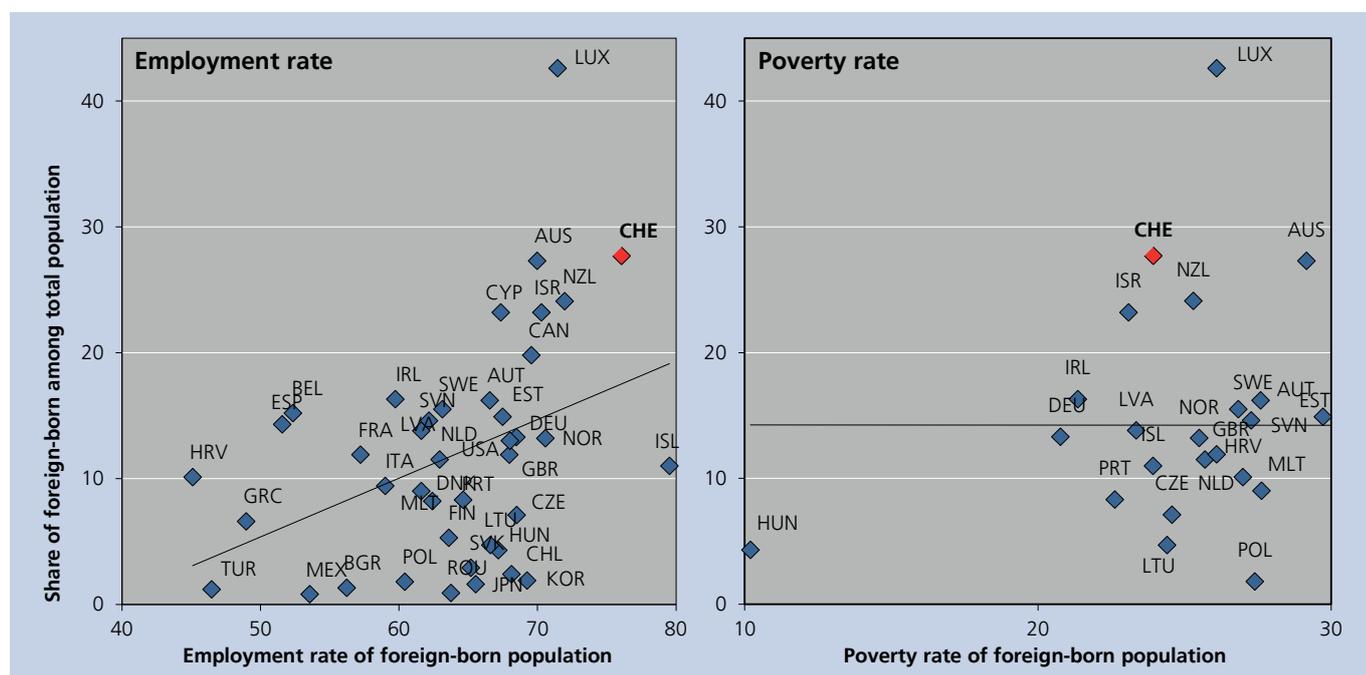
Gibt es überhaupt objektiv messbare Kriterien einer erfolgreichen Integration? Die von der OECD und EU gemeinsam veröffentlichte Publikation «*Indicators of Immigrant Integration 2015 – Settling in*» versucht, Antworten auf diese Frage zu geben. Diese Studie liefert einen umfassenden internationalen Vergleich der EU- und OECD-Länder bezüglich der Entwicklung von Migranten und ihren Kindern anhand von 27 Indikatoren, die zu fünf Gruppen zusammengefasst sind: Arbeitsmarkt, Bildung und Kompetenzen, sozialer Einbezug, staatsbürgerliche Beteiligung, gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein gesondertes Kapitel der Publikation befasst sich mit der Gruppe der Jugendlichen

mit Migrationshintergrund, die in der Politik oft als Gradmesser einer erfolgreichen Integration benutzt wird.

Aussagekräftig ist ebenfalls der Beschäftigungsgrad der zugewanderten Bevölkerung (siehe Grafiken). Gemäss OECD- und EU-Experten besteht kein augenfälliger Zusammenhang zwischen dem Anteil der Einwanderer und ihrer Integration (diese wird anhand der Teilhabe der immigrierten Bevölkerung am Wohlstand gemessen). Tatsächlich sind Immigranten und Einheimische in gleicher Weise den mehr oder weniger erfolgreichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Einwanderungs-, respektive Herkunftslands ausgesetzt. Bezeichnend ist aber, dass Staaten welche die eingewanderten Arbeitskräfte, unabhängig von Ausbildung, Diplomen oder akademischen Titeln, gut in den Arbeitsmarkt einbinden, eine bessere Integration vorweisen können. Offensichtlich ist ein hoher Beschäftigungsgrad die beste Garantie einer erfolgreichen Aufnahme der ausländischen Bevölkerungsgruppen und ihrer Nachkommen. Das bedingt jedoch, dass in der Wirtschaft des Einwanderungslands eine entsprechende Nachfrage für diese Arbeitskräfte besteht. Dies wiederum setzt eine kohärente und erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik voraus.

> Inhaltsverzeichnis

#### Link between two indicators and the proportion of immigrants in the total population, 2012-13



## 07. Weitere Publikationen

«*OECD Digital Economy Outlook 2015*»

Paris, 15. Juli 2015

«*Entrepreneurship at a Glance 2015*»

Paris, 5. August 2015

«*Tax Administration 2015*»

Paris, 11. August 2015

«*Policy Framework for Investment, 2015 Edition*»

Paris, 11. September 2015

«*Fiscal Sustainability of Health Systems*»

Paris, 24. September 2015

«*Better Policies for Development 2015*»

Paris, 25. September 2015

## 08. OECD-Kalender

OECD Public Governance Ministerial Meeting

Helsinki, 28. Oktober 2015

14th OECD Global Forum on Competition

Paris, 29.-30. Oktober 2015

G20 Summit

Antalya, 15.-16. November 2015

International Energy Agency Ministerial Meeting 2015

Paris, 17.-18. November 2015

COP21/CM11 («Paris 2015»)

Paris, 30 November - 11 Dezember 2015

2015 Green Growth and Sustainable Development Forum

Paris, 14-15 Dezember 2015